

Migrationsbeirat der
Landeshauptstadt München

Sicherung und Weiterfinanzierung der Migrationsambulanz der Ludwig-Maximilians-Universität München

Antragsteller: Arif Abdullah Haidary

Eingebracht in dem Ausschuss A2 über den Erweiterten Vorstand

Antrag Nr. 150-23-26
Vollversammlung vom 13.04.2026

I. Antrag

Die Migrationsambulanz der LMU sieht sich aktuell aufgrund geplanter Stellenkürzungen und eines erheblichen Budgetdefizits des Klinikums der LMU ab 2025 mit einer ernsthaften Bedrohung konfrontiert. Die bislang einzige ärztliche Betreuung in Teilzeit ist nur noch bis Mai 2026 gesichert; eine Nachfolge ist derzeit nicht vorgesehen. Ohne ein deutliches städtisches Signal droht die Stilllegung dieses zentralen Versorgungsangebots.

Der Münchner Migrationsbeirat fordert die Landeshauptstadt München, insbesondere den Oberbürgermeister, auf:

1. sich für den dauerhaften Erhalt der Migrationsambulanz einzusetzen,
2. gemeinsam mit dem Freistaat Bayern und dem Klinikum der LMU eine langfristige finanzielle Absicherung der Ambulanz zu gewährleisten,
3. die psychiatrische Versorgung von geflüchteten Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund als festen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge zu verankern.

II. Begründung

Die Migrationsambulanz ist eine der wenigen niedrigschwelligen und Sektor unabhängigen Anlaufstellen in München für geflüchtete Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere für Personen, die keinen Zugang zum regulären Gesundheitssystem haben. Sie bietet:

- **Kultursensible ärztlich-psychiatrische** Ersteinschätzung, Diagnostik und Behandlung unter Berücksichtigung sprachlicher und kultureller Bedürfnisse,
- **Behandlung in mehreren Sprachen**, bei Bedarf mit Dolmetschereinsatz,
- **fachärztliche Stellungnahmen**, die für medizinische, psychosoziale und rechtliche Verfahren entscheidend sind,
- **Koordination mit psychosozialen Zentren**, um eine umfassende Versorgung sicherzustellen.

Die Migrationsambulanz leistet einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung akuter psychischer Krisen, zur Reduktion stationärer Aufenthalte und Hospitalisierungsraten sowie zur nachhaltigen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in München. Ihr Wegfall würde erhebliche Versorgungslücken hinterlassen, die zu unbehandelten und

chronifizierten psychischen Erkrankungen, erhöhtem Druck auf Notaufnahmen, erhöhter Belastung von psychosozialen Diensten sowie eingeschränkter gesellschaftlicher Teilhabe führen.

Die Fortführung dieses Angebots ist daher nicht allein eine medizinische, sondern ebenso eine sozial- und integrationspolitische Aufgabe. Während andere deutsche Großstädte transkulturelle psychiatrische Strukturen kontinuierlich ausbauen, droht München – trotz seiner internationalen und vielfältigen Stadtgesellschaft – einen zentralen Baustein der Versorgung zu verlieren. Um gesundheitliche Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt langfristig zu sichern, bedarf es eines klaren kommunalen Engagements.

Der Münchner Migrationsbeirat ist der Auffassung, dass die Landeshauptstadt München eine besondere Verantwortung für die gesundheitliche Versorgung aller hier lebenden Menschen trägt – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Versicherungssituation. Die Sicherung der Migrationsambulanz ist ein klares Signal für soziale Verantwortung, Gesundheitsgerechtigkeit und eine inklusive Stadtpolitik.

Ein deutliches Bekenntnis der Stadt München zur Bedeutung dieses Angebots kann maßgeblich dazu beitragen, die Migrationsambulanz dauerhaft zu erhalten und weiterzuentwickeln.

III. Beschluss nach Antrag

Der Antrag wird in der Gesamtabstimmung einstimmig mit nachfolgender Ergänzung beschlossen:

I. Antrag

Die Migrationsambulanz der LMU sieht sich aktuell aufgrund geplanter Stellenkürzungen und eines erheblichen Budgetdefizits des Klinikums der LMU ab 2025 mit einer ernsthaften Bedrohung konfrontiert. Die bislang einzige ärztliche Betreuung in Teilzeit ist nur noch bis Mai 2026 gesichert; eine Nachfolge ist derzeit nicht vorgesehen. Ohne ein deutliches städtisches Signal droht die Stilllegung dieses zentralen Versorgungsangebots.

Der Münchner Migrationsbeirat fordert die Landeshauptstadt München, insbesondere den Oberbürgermeister, auf:

1. sich für den dauerhaften Erhalt der Migrationsambulanz **mit klarer ärztlicher Zuständigkeit** einzusetzen,
2. gemeinsam mit dem Freistaat Bayern und dem Klinikum der LMU eine langfristige finanzielle Absicherung der Ambulanz zu gewährleisten,
3. die psychiatrische Versorgung von geflüchteten Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund als festen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge zu verankern.

gez.

Dimitrina Lang

Vorsitzende

gez.

Lara Galli

1. Stellvertretende Vorsitzende

gez.

Arif Abdullah Haidary

2. Stellvertretender Vorsitzender